

**Gemäß § 53 Abs. 4 GOG
an die Abgeordneten verteilt**
Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Stadler
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Schaffung eines Kerneuropa vor dem Hintergrund des Budget- und Finanzdesasters in Griechenland

eingebracht im Zuge der Debatte zur Erklärung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten gemäß § 19 Abs. 2 GOG-NR zu aktuellen Fragen der österreichischen EU-Politik in der Sitzung des Nationalrates am 24. März 2010

Die Vorgänge und die aktuellen Diskussionen in Zusammenhang mit dem Budget- und Finanzdesaster in Griechenland haben zum einen in erschreckender Art und Weise die Defizite dieser Europäischen Union offengelegt und zum anderen einmal mehr die Richtigkeit der von uns seit Jahren erhobenen Forderung nach Schaffung eines Kerneuropa mit einem Modell verschiedener Integrationsstufen oder –module bestätigt. Maßgebliche Persönlichkeiten auf Europäischer Ebene unterstützen diese Idee aus gutem Grund. Neben dem ehemaligen Kommissionspräsidenten Prodi, bestätigte der luxemburgische Regierungschef Juncker die Richtigkeit unseres Weges, der am 6. November 2007 unmissverständlich erklärte, dass es um einen Kern von EU-Ländern herum Umlaufbahnen geben sollte, auf denen Länder Platz nehmen können sollten, die nicht alle Politiken voll mitgestalten wollen oder können. Der Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering stößt in dieselbe Kerbe, wenn er im Juli 2008 die Aussage trifft, dass „*wir eine Debatte um die Zukunft Europas brauchen.*“ *Darin wird der Gedanke eines Europas der zwei Geschwindigkeiten, in dem ein Kern von Mitgliedern voranschreitet, eine Rolle spielen,*“ so Pöttering.

Nicht zuletzt erhob bereits im Jahr 2004 Klubobmann Cap die Forderung nach einem Kerneuropa, wenn dieser im Rahmen einer Diskussionsrunde anlässlich des Scheiterns des Verfassungsvertrages mit den Worten zitiert wird, dass „*es seiner Meinung nach zu einer Verdichtung der EU kommen werde und ein Kerneuropa dabei unvermeidlich sei.*“ (Werkstattblätter/2004/nr.1, März)

Ein solches Modell eines Kerneuropa mit klaren Spielregeln, Kontroll- und Sanktionsmechanismen hätte von vornherein eine Situation, in der sich die Europäische Union und respektive die Eurozone infolge des Budgetdesasters in Griechenland befindet, hintangehalten.

Anstatt sich grundlegende Gedanken über die Zukunft Europas zu machen und die richtigen Schlüsse aus den aktuellen Vorkommnissen in Griechenland zu ziehen, will die Europäische Kommission das griechische Desaster nutzen, um eine weitere Beschränkung der nationalen Souveränität der Mitgliedstaaten zu versuchen.

So will die Europäische Kommission einem entsprechenden Vorschlag des Kommissars Olli Rehn zufolge, künftig schon die Budgetplanung der einzelnen Mitgliedsstaaten streng überwachen bzw. sogar in die Budgeterstellung mit eingebunden werden.

"Wir müssen die Kontrolle der Haushalte in den EU-Ländern deutlich verbessern." sagte EU-Währungskommissar Olli Rehn kürzlich in einem Interview mit der "Welt am Sonntag".

Rehn kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die EU-Kommission von den Mitgliedsländern derzeit erst dann informiert werde, wenn deren Budgets längst feststehen. "Das ist zu spät", betonte er.

Die EU-Kommission sollte daher künftig bereits in die Planung der nationalen Budgets eingebunden werden, um rechtzeitig Fehlentwicklungen im Finanzrahmen eines Landes zu erkennen, die nicht mit den Stabilitätsanforderungen der Eurozone übereinstimmten. "Bewegt sich dann ein Haushalt in die falsche Richtung, muss darüber in der Eurogruppe sehr ernsthaft diskutiert werden", forderte Rehn.

Eine derartige Einmischung seitens der Europäischen Kommission in die Erstellung der nationalen Budgets ist aus Sicht der unterfertigten Abgeordneten vehement abzulehnen, weil diese erfahrungsgemäß gegen die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen gerichtet wäre.

Im Sinne eines Europas für und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger, im Sinne der Schaffung eines Europas, in dem jeder Mitgliedstaat entsprechend seinem Wollen und in Abhängigkeit von der Möglichkeit der Erreichung der entsprechenden Ziele und der Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen in der Europäischen Union eingebunden ist, sowie nicht zuletzt im Interesse des Friedensprojektes Europa stellen die unterfertigten Abgeordneten daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundeskanzler sowie der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten werden ersucht, sich auf Europäischer Ebene für die Umsetzung nachstehender Maßnahmen im Interesse eines auf Frieden und Wohlstand abzielenden Europas der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen:

- Neuverhandlung eines Vertrags für Europa in Hinblick auf eine vollständige institutionelle und (kompetenz-) rechtliche Reform der Europäischen Union mit dem Ziel der Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten (Kerneuropa der Nettozahler) unter Teilnahme Österreichs
- In diesem Vertrag für Europa sind zum einen ein Grundwertekonsens sowie allgemeine Ziele zu verankern und zum anderen Mindeststandards für einzelne Politikbereiche festzuschreiben.
- Abhängig vom Grad der Erfüllbarkeit dieser Ziele und Mindeststandards ergibt sich für die Mitgliedstaaten eine Zugehörigkeit zum Bund Europäischer Staaten, zum weiteren Kreis jener Länder mit entsprechenden

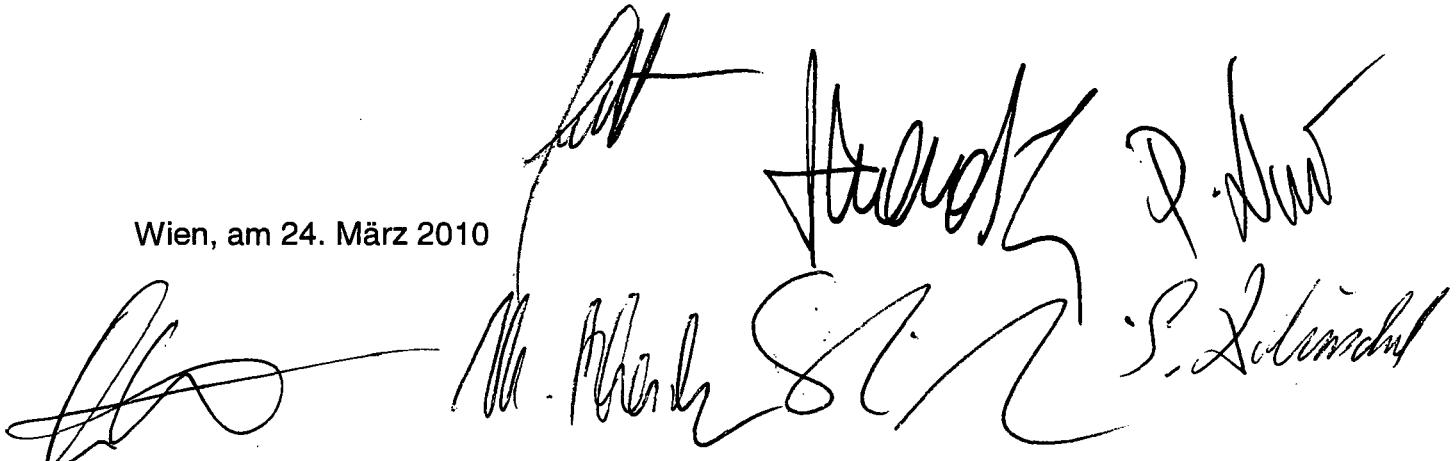
Assoziationsabkommen oder zum äußersten Kreis der Länder mit besonderer Partnerschaft.

- Ziel dieses Modulsystems soll es sein, die Länder Europas entsprechend ihrer Stärke einzubinden, dadurch Entscheidungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Europas zu beschleunigen und damit letztlich den Fortbestand des Friedensprojekts „Europa“ zu sichern.
- In einem neu zu verhandelnden „Vertrag für Europa“ sind die räumlichen, finanziellen sowie kulturellen Grenzen Europas und eine davon abgeleitete Definition des Begriffs „Aufnahmefähigkeit“ der Europäischen Union als Voraussetzung für künftige Erweiterungen festzuschreiben.

Vor dem Hintergrund des Budget- und Finanzdesasters in Griechenland werden der Bundeskanzler, der Bundesminister für Finanzen bzw. der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten weiters aufgefordert, sich für effiziente Sanktionsmöglichkeiten in Hinblick auf die Einhaltung der Haushaltsregeln, die - im Falle der Nichteinhaltung bzw. der vorsätzlichen Falschinformation und damit einer Gefährdung der Stabilität der Europäischen Union, wie beispielsweise durch die „Eckdatenlüge“ Griechenlands, - auch zu einem (unter Umständen auch befristeten) Ausschluss eines Mitgliedstaates aus der Währungsunion führen können, einzusetzen.

Schließlich werden der Bundeskanzler bzw. der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten aufgefordert, auf Europäischer Ebene jegliche Bestrebungen abzulehnen, die dazu führen, dass die Europäische Kommission künftig in die Planung oder Erstellung der nationalen Budgets eingebunden wird.“

Wien, am 24. März 2010

The image shows five handwritten signatures in black ink, likely belonging to political figures, arranged in a cluster. From left to right, the signatures appear to be: 1. A signature starting with 'H.', possibly Helmut Kohl. 2. A signature starting with 'M.', possibly Michael Häupl. 3. A signature starting with 'R.', possibly Robert Stadler. 4. A signature starting with 'P.', possibly Peter Struck. 5. A signature starting with 'S.', possibly Sigi Zelinka.